

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 13. Dezember 2023

Marc Timmer

Verbraucherbildung braucht Lebensbezug

TOP 14: Gemeinsame Beratung a) Bildungsoffensive zur Verbraucherbildung auf andere Themenfelder ausweiten b) Bericht Bildungsoffensive zur Verbraucherbildung (Drs. 20/1553, 20/1059, 20/1580)

„Die Tatsache, dass Verbraucherschutz ins Landwirtschaftsministerium fällt, heißt nicht zwingend, dass sich Verbraucherschutz auf landwirtschaftliche Themen begrenzen muss. Dies zeigt auch unser Jugendparlament, das vor kurzem hier im Landeshaus getagt hat. Auf der Veranstaltung „Jugend im Landtag“ haben Schülerinnen und Schüler es so ausgedrückt: wir wünschen uns eine lebensnahe Bildung und weniger Latein.

Ich will jetzt nicht den Nutzen von Latein in Abrede stellen. Aber der Lebensbezug ist bei schulischer Verbraucherbildung das A und O. Unsere Jugendlichen sollen dort abgeholt werden, wo sie sind. Selten macht diese Floskel mehr Sinne als im Verbraucherschutz. Ich möchte den Bedarf kurz am Beispiel des Verhaltens im digitalen Netz aus Sicht von jungen Menschen skizzieren.

Hier werden Daten gesammelt, viele persönliche Daten. Die Schülerinnen und Schüler müssen wissen, wo ihre Daten landen, was damit passiert und welche Rechte sie haben. Die Daten gehören mir, ist das Stichwort. Gleichzeitig müssen Sie ein gesundes Verhältnis zu digitalen Welten aufbauen. Sie sollten erkennen, wann die Lust zum Spielen zu einer Sucht wird. Nicht nur bei sich selbst, sondern auch bei Freundinnen und Freundin. Nicht überraschend steigt die Zahl der Spielsüchtigen, nicht selten mit fatalen Folgen. Schulen müssen im Bereich der Verbraucherbildung aufklären, schützen, so gut es geht. Der Internet-Kauf ist mit zwei Klicks möglich. Ist die durch einen Logarithmus vorgeschlagene Ware die beste, günstigste, nachhaltigste? Auch hier sollte Verbraucherbildung ansetzen. Gleichzeitig gibt es Risiken durch andere Menschen, die den Kontakt zu jungen Menschen über das Internet suchen, um ihre kranken und strafbaren Fantasien auszuleben oder gar Schlimmeres zu bewirken. Auch hier müssen wir unsere jugendlichen Verbraucher*innen schützen. Wie gehen sie mit dieser Situation um? Wohin können sie sich wenden? Dies alles sollte schulische Verbraucherbildung sein, auch weil Eltern oftmals überfordert sind, es nicht besser wissen, Risiken nicht sehen oder sich schlicht nicht kümmern.

Je mehr also die Lebenswirklichkeit der jungen Menschen betroffen ist, desto wichtiger ist Aufklärung. Der Lebensbezug muss ein wichtiger Maßstab für die Auswahl von Bildungsthemen im Verbraucherschutz sein. Hat die Verbraucherbildung dagegen nur wenig mit der Lebenswirklichkeit junger Menschen zu tun, geht sie am Bedarf vorbei.

Schülerinnen und Schüler stellen sich Fragen zur Globalisierung, zu nachhaltiger Mode versus Einwegmode. Oder rund um Finanzen. Was mache ich, wenn ich erstes Geld verdiene? Worauf muss ich bei Finanzgeschäften achten? Wie sichere ich mich im Alter ab? Oder Passagierrechte, Gesundheitsfragen oder, oder. Es gibt viele Themen, die junge Leute im Alltag beschäftigen und mit denen sie umgehen müssen. Ist Landwirtschaft ein Aspekt in diesem Zusammenhang? Diese Frage kann sich jeder selbst beantworten.

In jedem Fall bin ausgesprochen froh, dass Sie – Herr Minister Schwarz – unseren Hinweis aufgenommen haben und weitere Bildungsoffensiven planen. Ich zitiere Sie aus dem letzten Plenum, in dem der Abgeordnete Habersaat hierauf hingewiesen hat und spezifische Themen vorgeschlagen hat: „Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Diese Frage ist durchaus berechtigt. Wir haben den Aufschlag gemacht, dass wir mit Landwirtschaft und Ernährung anfangen. Es steht dem nichts im Wege, diese Themen später einzufügen.“

Bitte bedenken sie hierbei aber folgendes:

Es wäre wünschenswert, die Vertretungen der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und der Lehrer einzubinden. Denn es geht vorrangig um Lebenswirklichkeiten der Schülerinnen und Schüler. Inwiefern ist dies bei ihrer Bildungsoffensive eigentlich erfolgt? Es wäre schön, wenn Sie, Herr Minister, hierzu gleich etwas sagen könnten.

Bitte bedenken Sie auch, dass schulischer Verbraucherschutz Bildung ist. In diesem Sinne erfolgte auch die Überweisung ihrer Bildungsoffensive im letzten Plenum in den Bildungsausschuss.

Ich hoffe also auf weitere Bildungspakete unterm Weihnachtsbaum und dass die regierungstragende Fraktion unserem Antrag zustimmt.“